

Be In - Beratung und Begleitung der beruflichen Integration von jungen Flüchtlingen

Land in Sicht!

Arbeit für Flüchtlinge in Holstein

Zielgruppe von **Be In** sind junge Flüchtlinge bis 27 mit ungesichertem Aufenthaltsstatus d.h. Asylbewerber, aufenthaltsrechtliche geduldete Flüchtlinge mit (zumindest nachrangigem) Arbeitsmarktzugang, Flüchtlinge mit zweckgebundener Aufenthaltserlaubnis.

Ziel dieses Projektes ist es durch Beratung und Begleitung junge Flüchtlinge beim beruflichen (Wieder-)Einstieg zu unterstützen.

An Hand von einer ausführlichen Kompetenzermittlung und intensiven persönlichen Beratung zur beruflichen Orientierung werden die TeilnehmerInnen darauf vorbereitet.

Sie haben die Möglichkeit Bildungs- bzw. Berufsabschlüsse aus der Heimat anerkennen zu lassen, Deutschkenntnisse durch eine B1-Zertifikatsprüfung zu belegen und an Bewerbungstraining teilzunehmen. Die Vermittlung in Ausbildung, Praktika bzw. Arbeit wird von uns begleitet.

Be In ist ein Teilprojekt des Netzwerkes „*Land in Sicht!* – Arbeit für Flüchtlinge in Holstein“.

Im Netzwerk „*Land in Sicht!*“ engagieren sich fünf Teilprojekte für eine nachhaltige Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen. Ziel des Netzwerkes ist es, mit Hilfe von Coaching, Schulungen, Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit in der Region Holstein ein Klima schaffen, das die Integration auch von bleiberechtsungesicherten Flüchtlingen unterstützt. Weitere Informationen erhalten Sie unter www.frsh.de/landinsicht

ZBBS e.V.

Sophienblatt 64a

24114 Kiel

Tel: 0431-2001150, Fax: 0431-2001154

email: beruf@zbbs-sh.de

www.zbbs-sh.de

Neue Arbeitsmarktzugänge für Flüchtlinge und MigrantInnen

Informationen für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber



Stand: März 2009



gefördert durch:



Arbeit

Mit den Aufenthaltstiteln „Aufenthaltsgestattung“ und „Duldung“ ist den betreffenden Frauen und Männern im ersten Jahr nach der Einreise in die Bundesrepublik die Arbeitsaufnahme verboten. Danach haben sie einen nachrangigen Arbeitsmarktzugang – auch wenn die Papiere mit „Erwerbstätigkeit nicht gestattet“ gestempelt sind: d.h. mit einem konkreten Arbeitsplatzangebot können sie eine Arbeitserlaubnis beantragen. Nach Prüfung des Antrages durch die Ausländerbehörde, sowie der anschließenden Prüfung der Arbeitsbedingungen und der Vorrangprüfung durch die Arbeitsagentur kann ggf. eine Arbeitserlaubnis erteilt werden.

Für Menschen mit einer Duldung und 4-jährigem Aufenthalt in der Bundesrepublik wurden die sog. Vorrangprüfung und die Prüfung der Arbeitsbedingungen abgeschafft (§ 10 Abs. 2 Nr. 2 BeschVerfV).

Menschen mit Duldung, die in Deutschland erfolgreich ein Hochschulstudium oder eine Berufsausbildung in einem anerkannten oder vergleichbaren Ausbildungsberuf absolviert haben, erhalten eine Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis, wenn sie eine ihrem Abschluss entsprechende und für ihren Lebensunterhalt ausreichende Stelle finden (§ 18a Abs. 1 Nr. 1a AufenthG).

Seit Ende August 2007 gibt es für bislang geduldete Flüchtlinge die gesetzliche Altfallregelung. Nach § 104a AufenthG haben längerfristig Geduldete bei Vorliegen bestimmte Voraussetzungen einen Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis. Daraus folgt wiederum unmittelbar ein Anspruch auf eine uneingeschränkte Arbeitserlaubnis.

Bei Erteilung der Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 sowie § 104a AufenthG sind Jobcenter und ARGE n für die Unterstützung bei der Vermittlung eines Arbeitsplatzes und auch für Hilfen bei der Integration in den Arbeitsmarkt zuständig.

Ausbildung

Geduldete erhalten nach mindestens 12 Monaten Voraufenthaltsdauer eine Arbeitserlaubnis ohne Vorrangprüfung für eine Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf. Auf die Voraufenthaltsdauer werden auch Zeiten mit Aufenthaltsgestattung und Aufenthaltserlaubnis angerechnet (§ 10 Abs. 2 Nr. 1 BeschVerfV).

Nach einer Voraufenthaltsdauer von mindestens vier Jahren können Geduldete, die die übrigen (auch für Deutsche geltenden) Voraussetzungen für eine Ausbildungsförderung erfüllen, Ausbildungsförderung nach BAföG bzw. Berufsausbildungsbeihilfe nach SGB III erhalten (§ 8 IIa BAföG, § 63 IIa SGB III). Auf die Voraufenthaltsdauer werden auch Zeiten mit Aufenthaltsgestattung und Aufenthaltserlaubnis angerechnet (§18a Abs. 1 Nr 1b und c AufenthG).

Alle Informationen basieren auf dem Zuwanderungsgesetz, dem Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der europäischen Union vom 28. August 2007, dem Arbeitsmigrationsteuerungsgesetz vom 19. Dezember 2008 und der Beschäftigungsverfahrenverordnung vom Februar 2009.

